

Laibacher Zeitung.

Mr. 229.

Bräunungspreis: Im Comptoir ganzl.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Rückstellung ins Haus
halbj. 60 fl. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 5. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Seiten: 1 mal 60 fl.,
zweitl. 80 fl., drittl. 1 fl.; sonst pr. Seite im. 6 fl., zw. 8 fl.,
zw. 10 fl. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 20 fl.

1872.

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat den Herren Karl Vrčza, Moriz Kohn und Bernhard Morin in Brünn die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Erste allgemeine österreichische Universal-Confections- und Ausstattungs-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat den Steuerzahler dritter Klasse Wilhelm Nitsch und den Rechnungsofficial bei dem Finanz- Rechnungsdepartement Johann Stehla zu Finanzcommissären dritter Klasse für den Dienst der directen Besteuerung erster Instanz in Krain ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Bur Action der Reichsraths-Delegation.

I.

Der Beschluss des Budgetausschusses der Delegation des österreichischen Reichsrathes vom 26. v. M., daß der für Erhöhung des Präsenzstandes der Linieninfanterie und Jägertruppen in den Voranschlag eingestellte Betrag von 3.7 Mill. Gulden nicht zu bewilligen sei, beschäftigt in sehr lebhafter Weise die wiener Journale. Die „Presse“ weist auf den entgegengesetzten Beschluss des ungarischen Heeresausschusses hin und glaubt auf eine befriedigende Beilegung dieses Differenzpunktes hoffen zu können. „Die übrigen von dem Heeresausschuß des ung. Reichstages beschlossenen Abstriche am gemeinsamen Kriegsbudget — schreibt das genannte Blatt — stimmen so ziemlich mit denjenigen des Budgetausschusses überein. Zwar bleibt die Differenz betreffend die Präsenzpflicht übrig, doch möchten wir uns vorläufig nicht der Befürchtung hingeben, daß hier die Klippe zu suchen ist, an welcher die Harmonie zwischen den Delegationen scheitern soll. Die Erklärung des Kriegsministers, daß das Normal-Friedensbudget erreicht sei, wenn der dreijährige Präsenzdienst bewilligt wird, ist geeignet, eine wesentliche Veränderung der Situation herbeizuführen. Unsere Delegierten, die jederzeit in den öffentlichen und Ausschusssitzungen ihrem Begehr nach einem fixen Budget Ausdruck geben, werden wohl die Frage noch in Erwägung ziehen, inwiefern sie um den Preis der dreijährigen Präsenzzeit den Gewinn eines Normal-Friedensbudgets enttauschen wollen.“

Die „Tagespresse“ glaubt in dem obigen Abstriche, bei aller Rücksichtnahme auf die Steuerträger, doch nur eine ephemere Thatsache erkennen zu müssen und erwartet zuversichtlich, daß das Plenum der Delegation des Reichsrathes diesen Beschluss nicht genehmigen werde, insbesondere da die Gründe derjenigen, welche für den Abstrich der 3.7-Millionen-Post eintraten, nicht von der Art gewesen seien, um auf die Anhänger des Heeresreform und insbesondere auch auf die Heeresverwaltung überzeugend zu wirken.

Das „Fremdenblatt“ constatiert zunächst, daß die österreichische Presse, welche der constitutionellen Gesinnung und den organisatorischen Talente Sr. Excellenz des Kriegsministers Freiherrn v. Kuhn stets Gerechtigkeit habe widerfahren lassen, der Delegation billige Berücksichtigung der Ansprüche der Kriegsverwaltung empfohlen habe, wosfern dieselben durch das Bedürfnis des Heeres gerechtfertigt würden, und fährt in nachfolgender Weise fort: „Die erfreuliche Situation der österreichischen Finanzen kann zwar kein Grund sein, mit Geldbewilligungen über das Bedürfnis vorzugehen, aber sie steht doch die österreichische Delegation in die Lage, die Ansprüche der Kriegsverwaltung ohne allzu ängstliche Rücksicht auf die Finanzen prüfen zu können. Nichtdestoweniger hat der österreichische Budgetausschuss, ganz im Gegensatz zum ungarischen Heeresausschuß, die Forderung des Kriegsministers, die im Interesse der Armee gestellt wurde, gestrichen und sich dadurch den Vorwurf zugezogen, daß er für die Entwicklung der Wehrkraft der Monarchie nicht das richtige Verständnis habe. Gegen diesen Beschluß des österreichischen Delegationausschusses sprechen gewichtige Gründe der politischen Klugheit. Der Ausschuss versteht das Plenum der Delegation in eine Lage, welche der Würde dieser Körperschaft nicht entspricht.“ Das genannte Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der endgültige Beschluss der De-

legationen der Entwicklung unserer Wehrkraft zusätzlichen werden, und glaubt, daß man sich mit diesem schließlichen Erfolge wohl befrieden könnte.

Das „Neue Fremdenblatt“ meint, das Exposé des Ministers, so weit es sich auf die 3.7-Millionen-Forderung bezieht, bemühe sich nachzuweisen, daß die dreijährige Präsenzdienstzeit zur Heranbildung von im Felde verwendbaren Soldaten unumgänglich notwendig sei; daß die europäischen Großstaaten, von denen mehrere ein viel gebildeteres Materiale der Armee zuführen, eine längere Präsenzdienstzeit normiert hätten, und zwar Frankreich vier bis fünf, Italien drei bis vier, Russland acht, Deutschland endlich die volle Ausübung von drei Jahren. Nur Österreich-Ungarn sei gezwungen, schon nach zweijähriger aktiver Dienstzeit die Leute wieder zu beurlauben, weil bei dem bisherigen Budget ein höherer Friedensstand nicht möglich gewesen sei. Es sei daher auch unmöglich, alle Rekruten, welche in einem Jahre offiziell wurden, zur Präsenzdienstleistung einzuberufen; es bleibe vielmehr durchschnittlich von der Zahl der Assentierten alljährlich ein beträchtlicher Rekrutenüberschuss, welcher blos eine achtwöchentliche Ausbildung erhält und dann dauernd beurlaubt werden müsse. Das genannte Blatt, welches die finanziellen Rücksichten in den Vordergrund seiner Erörterungen stellt, glaubt jedoch, daß der schließliche Erfolg der Delegationsverhandlungen in der Bewilligung der 3.7-Millionen-Forderung kulminieren werde.

In sehr entschiedener Weise spricht sich die „Gemeinde-Btg.“ für die obige Forderung aus, indem sie auf die strenge Sachlichkeit hinweist, mit welcher der Kriegsminister für die Notwendigkeit seiner auf die Verlängerung der Präsenzdienstzeit abzielenden Mehrforderung g. radezu überzeugend eingetreten sei und die, wie das genannte Blatt meint, wenig neu, bietenden schwachen Argumente widerlegt, welche gegen dieselbe in dem Budgetausschuß der österreichischen Delegation ins Tiefen geführt wurden.

Auch in einer wiener Correspondenz der „Neuen preußischen Btg.“ findet sich eine Motivierung der Notwendigkeit dreijähriger Präsenzhaltung der Truppen, die nicht ohne Interesse ist, weil sie eine nicht allgemein bekannte oder doch nicht gehörig gewürdigte Thatsache hervorhebt. Der Correspondent bemerkt nämlich, daß statistische Aufzeichnungen den Beweis liefern, daß die meisten Unteroffiziere erst im dritten Dienstjahr ernannt werden. Daraus folge, daß besonders zur Heranbildung tüchtiger Unteroffiziere die dreijährige Präsenzzeit unerlässlich sei.

Zum Budget pro 1873.

Der Budgetausschuss des Reichsrathes berieb in der Sitzung vom 2. d. das Extra Ordinariu des Heeresbudgets; Referent war Dr. Demel.

Post 1 des Titels 1, Trainmaterial, wofür die Regierung 250.000 fl. verlangt, rief eine rege Debatte hervor. Referent beantragte, zusammen 140.000 fl. zu bewilligen, da Mehranschaffungen überflüssig seien. Giskra will die Anschaffungen auf fünfjährige Jahre verteilen.

Kriegsminister Baron Kuhn erklärte, das Trainmaterial sei notwendig zur schnelleren Mobilisierung der Armee; wer schneller mobilisiert, hat einen großen Vorsprung; ein Tag Verlust ist ein Verlust von vielen Millionen.

Dr. Herbst replizierte: Voriges Jahr, als ein Krieg eher denkbar war, verlangte man nicht so viel für das Trainmaterial als heut, da Graf Andrássy uns Friedensversicherungen gibt. Kriegsminister Kuhn rief: „Wir sind nicht für den Frieden, sondern für den Krieg, deshalb sind wir Soldaten.“ Herbst und Demel riefen: „Wir aber sind für den Frieden.“ Kuhn erwiderte: „Dann müssen Sie als Volksvertreter im Frieden sorgen, daß wir im Kriege gerüstet sind.“ von der Straß beantragte, 123.000 fl. zu bewilligen. Demel sagte: Wir machen ein Friedensbudget und können mit Preußen nicht konkurrieren; wohin kämen wir, wenn die Steuern nur für die Armee verwendet würden.

Kriegsminister Kuhn bemerkte hierauf: Ich beuge mich vor keiner Autorität, mag sie unzählige Siege erzielen haben; ich beuge mich auch nicht vor Preußen. Ich habe meine eigene Überzeugung; früher bejubelte man ausschließlich Frankreichs Siegesfolge. Ich richte mich einzig nach der Kriegsgeschichte von Hannibal bis zur Gegenwart.

Der Antrag von der Straß wurde angenommen.

Post 2, Feldbacköfen, Erfordernis 50.000 fl. wurde von Giskra, Herbst und Demel bestimmt, vom Kriegsminister vertheidigt. Graf Andrássy griff in die Debatte ein; er sagte: Ich beuge mich vor der Autorität des Kriegsministers. Alles beruht auf schneller Mobilisierung.

Was der Armee notwendig ist, muß alles im Frieden angeschafft werden; der Moment, in welchem ein Krieg beginnt, kann nicht auf die Minute vorher bestimmt werden; wenn einmal der Krieg erklärt ist, ist es zu spät für Neu-Anschaffungen. Unser Staat nimmt keine offensive Stellung ein, sondern muß sich in der Defensive halten; das macht aber mit Rücksicht auf eine rasche Mobilisierung notwendig, daß die Armee zu schnellem Aufmarsch bereit ist. Ein offensiver Staat kann seine Geschickte leiten, ein defensiver ist immer in Gefahr, daß ihm eine Kriegserklärung ins Haus gesleudert wird. Für die nächsten fünf Jahre ist die Lage noch nicht ganz klar; nach diesem Zeitpunkte hoffe ich auf dauernden Frieden und daß die Staaten in die Lage versetzt sein werden, abzurüsten. Ich belone, daß, obgleich wir uns in Defensive befinden, mit der öffentlichen Meinung Offensiv-Absichten imputieren würde, wenn wir bei Kriegsgefahr plötzlich rüsten würden.

Post 2 wurde abgelehnt.

Bei Post 3, Feldkanzleien und Feld-Elaborate, beantragte Demel zu streichen; er nennt die Feld-Elaborate eine Art Bäcker für Soldaten, die auf die Schlagfertigkeit des Heeres einflußlos seien. Kriegsminister Kuhn entgegnete, es handle sich um Kartenwerke, welche nicht der Soldat, aber der General brauche; im Frieden müsse der Kriegsschauplatz studiert werden. Wenn man alles lächerlich machen wolle, höre alles auf.

Herbst sagte, man möge nicht so viel auf Kleinigkeiten verwenden; das wäre so, als wenn man im Feldzuge etwa Kanzleitische mitnehmen und Schuhe zu rütteln wollten. Post 3 wurde schließlich mit 10.000 fl. bewilligt.

Post 4: Sanitätsmaterial, wurde mit 50.000 fl. statt der Regierungsziffer 100.000 angenommen.

Bei Titel 2, Post 1, für Anschaffung von 30.000 Wendlgewehren wurde die erste Rate mit 1.230.000 fl. Post 2: Festungsgeschütze mit 163.000 fl.; Post 3: Festungsbauten bei Trient und Olmütz, mit 98.000 fl., jedoch nur für Trient; Post 4: Küstengeschütze mit 120.000 fl., Titel 3: Monturwesen, mit größeren Abstrichen angenommen.

Die ungarische Adresse

gibt den Journalstimmen Anlaß, sich über die vorliegenden Entwürfe des näheren auszusprechen.

„Pesti Naplo“ kritisiert den Adressentwurf, den Trifunac und Miletic eingebracht. Die erste Eigentümlichkeit dieses Entwurfes besteht darin, daß zwei Mitglieder des ungarischen Reichstages einzig und allein für die Interessen der Slaven einstehen. Die zweite Eigentümlichkeit ist, daß der Adressentwurf die Gleichberechtigung der Nationalitäten in den Vordergrund stellt, aber auf die Rechte der Minoritäten in den Bezirken mit gemischter Bevölkerung völlig vergißt; brittens versteht der Adressentwurf unter Gleichberechtigung der Nationalitäten eigentlich die Bevorrechtung der Slaven, und viertens möchte Miletic außerdem noch für die Serben besondere Privilegien. Thatsächlich sei die Abgeordnetenzahl jetzt zu groß, und eine Verminderung derselben würde nur von Vortheil sein. Als praktisch unmöglich bezeichnet „P. N.“ die Einführung der „Vildungequalification“ bei den Wahlen.

Die Adressdebatte im Unterhause hat begonnen. „Reform“ glaubt, sie wird ruhig und gemäßigt verlaufen, denn die Stimmung sei eine friedliche und versöhnliche. Anknüpfend an Deals gestriges Reden im Club, betont sodann das genannte Blatt die wichtige Aufgabe, welche den jüngeren Kräften des Unterhauses zugesassen; an ihnen sei es jetzt, sich für die Erbschaft der alten Garde vorzubereiten.

„Moghar Pol.“ hebt aus dem Adressentwurf der Reformpartei lobend hervor den Vorschlag bezüglich der Berringerung der Abgeordnetenzahl.

Wie „Hon“ erfährt, hat sich der Club der rumänischen Abgeordneten konstituiert; derselbe zählt sechs Mitglieder. Trifunac verlas den Adressentwurf des Dr. Miletic, da sich die Serben mit den Walachen vereinigt. Alexander Roman soll aber in einer kurzen und markigen Rede den Adressentwurf sowohl bezüglich seiner

Form als auch seines Inhaltes entschieden zurückgewiesen haben: Roman nannte das Schriftstück einen gegen Rauch gerichteten persönlichen Angriff.

Auf Antrag Alexander Mocsonyi's beschloß der Club, keinen besonderen Vorentwurf vorzulegen, sondern sich dem Entwurf der Majorität des Abgeordnetenhauses anzuschließen.

"Magyar Ujsag" nennt die Abrechnung des linken Centrums und der Reformpartei ebensoviel Schritte zu den rothämmerten Ministerauteils. Das Elaborat der Deakpartei charakterisiert ein starker Chynismus, es ist offen und aufrichtig.

Die Option in Elsaß-Lothringen

steht auf der Tagesordnung. Nach den bisher vorliegenden Berichten hat die Auswanderung aus Elsaß-Lothringen, den neuen deutschen Reichsprovinzen, eine überraschende Ausdehnung angenommen.

Die "Frankf. Ztg." erhält über dieses neueste Ereignis am 27. v. M. nachstehende Correspondenz aus Straßburg: "Heute sind es zwei Jahre, daß die weiße Fahne an unserm alten Münsterhause ausgesteckt wurde und die halb eingescherte Stadt nach heldenmuthigem Widerstande capitulierte. Damals, und später noch, konnte man wohl aus manchem deutschem Mund hören und in manchem deutschen Blatte lesen, daß Straßburg, und mit ihm das ganze Elsaß, in kurzer Zeit deutsch werden würde, deutsch nicht allein durch seine neue politische Lage, sondern auch durch seine Gesinnung und Sympathien. Will man heute, nach zwei Jahren, wissen, wie diese Prophezezung in Erfüllung gegangen ist, so darf man nur an die elsässischen Stationen der pariser Eisenbahn sich begeben. Da ist in diesen Tagen ein Getreide und Gehränge wie noch nie. Stadtbewohner mit ihrem Gepäck, Landleute mit ihren Bündeln, junge Männer mit dem Tornister auf dem Rücken und dem Reiseflock zur Hand, drängen und drücken sich, um einen Platz in dem nach Frankreich abgehenden Buge zu finden. Die Menge ist so groß, daß im Nu die Wagen alle angefüllt sind und viele sich bis zu einem nächsten Abgang gedulden müssen. Diese Reisenden aber sind Auswanderer, Auswanderer, die das schöne Elsaß verlassen, die ihre sichere Stellung aufgeben, die sich losreissen von ihren Lieben, die hinausziehen in unbekannte Gegenden, — nur um nicht deutsch zu werden und nicht unter der preußischen Fahne dienen zu müssen. Vielen fällt es schwer: hier umarmen Eltern ihren Sohn, den sie vielleicht nie wieder sehen werden, denn er ist Deserteur nach dem Gesetze, und darf als solcher das Land nie mehr betreten; dort weint eine Braut am Halse ihres Bräutigams denn sie weiß nicht, wo und wann sie sich wieder zusammenfinden werden; dort wieder drückt Freunde, Verwandte, Geschwister einander die Hand zum letzten male. Aber sie drängen ihre Gefühle zurück, um mit blutendem Herzen zu erfüllen, was ihnen als heilige Pflicht erscheint. Die deutschen Zeitungen haben es oft schon wiederholt, daß dieseljenigen, die so fortziehen, ihre Auswanderung bitter bereuen werden. Wie auch, wir glauben, daß die elsässischen Emigranten nicht leicht eine Heimat finden werden, wie dieseljenige ist, die sie verlossen; daß viele die hier einen theuern Familienkreis und sichern Erwerb hatten, draußen sich einsam fühlen und vielleicht mit bitterer Noth werden lämpsen müssen. Wie auch, wir hätten gewünscht, daß so viele als möglich im Lande geblieben wären, um ihm seinen elsässischen Charakter zu bewahren. — Aber ist nicht gerade diese massenhafte,

diese naive, unbedachte Auswanderung der lauteste Protest gegen die Meinung, daß man seine Nationalität wechseln könne, wie ein Kleid?"

Die "Prov. Corr." widmet dem Thema in Betreff der Wahl der Nationalität in Elsaß-Lothringen einen besonderen Artikel, den sie mit dem Gutachten schließt, „daß mit 1. Oktober der bestandene Ungewißheit über den Bereich der Geltung der deutschen Gesetze, über die Dauer und Festigkeit der deutschen Herrschaft aufhören müsse. Das neue, durch den Friedensvertrag völkerrechtlich an Deutschland zurückgegebene Reichsland werde durch das Ausscheiden der zu Frankreich haltenden Einwohner im vollsten Sinne des Wortes ein deutsches Land sein. Was an wirtschaftlichen Hilfsquellen augenblicklich verloren gehe, werde durch innigen Anschluß an Deutschland ersetzt werden. Die Theilnahme der Nation, die Fürsorge der Behörden werden wetteifernd dahin arbeiten, daß die Aneignung Elsaß-Lothringens auch innerlich mehr sich vollziehe und die Bevölkerung mit Freude und Stolz das Bewußtsein erlange, in die volle Lebensgemeinschaft mit dem deutschen Reiche zurückgekehrt zu sein."

Die deutschen Blätter beschäftigen sich in erster Linie mit der Optionsfrage Elsaß-Lothringen; sie nehmen Anlaß, um über den Passus der Rede Thiers', daß "Deutschlands Staatsmänner heute bekennen, daß sie einen Fehler begangen hätten," sich zu äußern. Die "National-Zeitung" hebt hervor, daß ein solches Bekennen nirgends laut geworden sei. Sie sagt: "So wenig in staatsmännischen Kreisen als in der weitaus großen Mehrzahl unserer Bevölkerung denkt man daran, ein solches Bekennen auch nur sich selbst abzulegen. Kommt den Franzosen an unserer Betrachtung der Dinge im Elsaß wirklich jetzt etwas wie Neue vor", so liegt dies nur daran, daß man in Deutschland die Thatsachen unbefangener ansieht, in der deutschen Presse minder fälscht, als dergleichen in Frankreich der Fall ist. Denken wir uns, daß die Franzosen das linke Rheinufer genommen hätten, so würden sie dort stramm mit dem Säbel regieren und Unwillen nicht aufkommen lassen, so würde die pariser Presse täglich hundertmal wiederholen, daß die Bewohner des Rheinlandes sich glücklich schätzen, der großen Nation anzugehören; Frankreich würde dies glauben und die Welt sich allmälig an dies Gerede auch gewöhnen. In Deutschland ist man kritischer, läßt man sich nicht so viel blauen Dunst vormachen wie in Frankreich, und will man die Dinge sehen, nicht wie man sie wünscht, sondern wie sie sind. Deshalb, und weil die deutsche Regierung mit unerhörter Langmuth allen Neuerungen französischer Sympathie freien Lauf gelassen hat, bildet man sich in Deutschland nicht ein, daß man in Elsaß-Lothringen begeistert deutsch ist und das Land jetzt bereits ein lebendiger Zuwachs unseres nationalen Besitzstandes ist. Wir befeinden Frankreich nicht darum, daß es im Falle des Sieges sich ganz anders als Bealücker der Menschheit ausgegeben haben würde. Läufschungen, wie sie die pariser Presse je und je erzeugt hat, können nie dem Volke und Lande dauernd zum Guten anschlagen. Man dient in Deutschland der gemeinsamen Sache viel besser, wenn man sie zwar nicht herabsetzen läßt und nur in guter Gesinnung behandelt, aber dabei dennoch den Thatsachen ins Auge sieht und sie ungeschminkt wiedergibt. Dieses Wahrheitsgefühl wird uns gedeihlicher sein, als den Franzosen ihre Neigung, sich in Illusionen zu berauschen."

Politische Übersicht.

Kaisbach, 4. Oktober.

Bei Beginn der Plenarsitzung der Reichsrath-delegation vom 3. d. erbat sich Präsident Ritter v. Hopfen von der Delegation die Ermächtigung, Sr. Majestät aus Anlaß des Allerhöchsten Namensfestes die aufrichtigen Glückwünsche und Gefühle wahrer Ergebenheit und Treue seitens der Mitglieder der Delegation zu Füßen legen zu dürfen. Das Haus bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus.

In deutschen Blättern liegen abermals Stimmen über das Exposé des Grafen Andrássy vor, welche die vollste Befriedigung aussprechen. Anerkennende Ausprüche finden sich namentlich in wiener Briefen des "Hamb. Correspondenten," der "Köln. Ztg." und in einer peiter Correspondenz der "Weser-Ztg." In letzterer wird bemerkt, daß der Eindruck des Exposé ein überraschend günstiger gewesen sei. Man war auf eine solche präzise und offene Darlegung kaum gefaßt. Noch mehr als der Inhalt wirkte der Ton der Überzeugung, in dem Graf Andrássy sprach.

Überdies beschäftigen sich die deutschen Blätter fortwährend sehr eingehend mit den Verhandlungen über das Budget des österreichischen Kriegsmobilisierung und überall finden wir eine günstige Beurtheilung desselben. So liegt aus der "Spener'schen Ztg." eine Correspondenz aus Pest vom 29. September vor, in welcher die Ansicht ausgesprochen wird, daß die Regierung trotz der Modificationen, welche der Ausschuss der deutschen Delegation das Kriegsbudget unterworfen, doch in letzter Linie mit dem Wesentlichen ihrer Forderungen durchdringen werde. Als hauptsächlichen Grund hießt dagegen man eben die Notwendigkeit einer erhöhten Präsenzzeit betrachten, da die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns eine solche als notwendig erscheinen lassen.

Der Ausschuss der ungarischen Delegation für das Budget des Ministeriums des Auswärtigen stellte in der Sitzung vom 2. d. M. den Bericht an das Plenum fest; dabei wurde wahrgenommen, daß die Lloyd's-Subvention für 1872 weder im Budget noch als Nachtragsforderung erscheine. Orczy versprach, daß nötige zu veranlassen, damit die Subvention als Nachtragsforderung pro 1872 eingebracht werde. Sämtliche griechische Gemeinden bitten den Kaiser in einer Eingabe um die Sanctionierung des Organisations-Statuts des National-Kirchencongresses und um baldige Einberufung desselben.

Die gegenwärtig in Berlin stattfindenden Ministerraths-Sitzungen beziehen sich auf die Landtagsvorlagen. Zunächst beschäftigt sich der Ministerrath mit dem Staatshaushalts-Etat, der womöglich noch vor dem Jahresende festgestellt werden soll. Außer finanziellen Vorlagen werden hauptsächlich kirchenpolitische und Eisenbahn-Entwürfe den Landtag beschäftigen. — Die Regierung will nicht auf die Befestigung des Oberkirchenrats eingehen, vielmehr dem Landtage die Gründe für die Beibehaltung desselben genau darlegen.

Die kirchlichen Fragen stehen in Deutschland fort an der Tagesordnung. Sind es nicht katholische, so sind es protestantische; die religiöse Bewegung kennt keinen Stillstand. Gegenwärtig berathen in Preußen zwei Protestantentage zu gleicher Zeit: in Osnabrück der "Allgemeine deutsche" und in Halle an der Saale der "Deutsch-evangelische Kirchentag." Beide Versammlungen haben die Allianz mit den Altkatholiken auf ihre Fahne geschrieben.

Senisseton.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von J. Steinmann.

(Fortsetzung.)

X. Kapitel.

Der Weg zur Hölle.

sollte, als bis sie mit ihm in den Ballaal trate. Der Mann dieser Dame habe sich geäußert, daß nur er allein wisse, was seine Frau kleide, und nun wollte sie ihm zeigen, daß er nicht unfehlbar sei.

"Es kommt auf den Preis gar nicht an," schloß die Frau ihre Rede. "Sie können verlangen, was sie wollen, nur schön muß der Buß werden."

"Darauf können sie sich verlassen," sagte Eva. "An einer solchen Arbeit hat man doch sein Vergnügen, namentlich wenn es darauf ankommt, einem Mann einen Posse zu spielen."

"Das meine ich auch," erwiderte die Frau. "Ja, ja, die Männer, die Männer, denen muß man ordentlich Streiche spielen. Die muß man betrügen, wo man kann."

"Nun, immer ist das auch nicht nöthig," lachte Eva, "aber wenn sie es verdienen, dann schadet es nicht."

"Das meine ich ja gerade," sagte die Frau, "wenn sie es verdienen."

Eva kleidete sich an, um die Frau zu der neuen vornahmen Kundshaft zu begleiten.

Während dies geschah, musterte die Frau das Zimmer und die darin befindlichen Personen mit raschen Blicken. Auf Antonien hasteten ihre Blicke am längsten.

Auch Antonie betrachtete die Frau. Trotz des herabgelösten Schleiers glaubte sie dieselbe zu erkennen, es mußte die Alte sein, vor der sie vor längerer Zeit einen so heftigen Widerwillen empfand, als sie dieselbe auf dem Bahnhofe getroffen hatte.

Antonie wollte Eva ihre Bemerkung mittheilen, allein diese rief:

"Kommen Sie, Frau, ich muß rechtzeitig wieder hier sein."

"Sie werden frühzeitig genug wiederkommen," sagte die Alte mit einer so seltsamen Betonung, so daß Antonie aufsprang und rief:

"Soll ich dich auch lieber begleiten, Eva?

"Wir sind ja zu zweien, wer sollte uns da etwas thun?" sagte die Frau rasch.

"Adieu Toni, adieu Madame Ehrenfried, adieu Ernst," rief Eva. "Wenn es nicht allzulange dauert, bin ich in einer halben Stunde wieder hier. Haltet nur den Thee hübsch warm. Wenn das Geschäft gut ist, bringe ich euch etwas mit vom Conditor."

Mit diesen Worten entfernte sie sich mit der Alten.

"Ich weiß nicht," sagte Antonie zu ihrer Mutter, "was das ist, allein mir ist so zu Muthe, als wenn sich irgend etwas schreckliches ereignen müßte. Hätte ich Eva doch nur nicht allein geben lassen."

"Du bist aufgereggt, mein Kind," erwiderte Madame Ehrenfried. "Ihr habt euch heute angestrengt, und dann hat man mitunter allerlei seltsame Gedanken."

"Ich muß ihr nach," rief Antonie.

"Beruhige dich, mein Kind," sagte die Mutter, "in einer halben Stunde ist Eva wieder hier. Ich muß überhaupt darauf sehn, daß ihr euch mehr zerstreut. Ein kleiner Spaziergang ist sogar bei eurer sitzenden Lebensart notwendig, und ein Gang ins Theater oder in ein Concert ist bei eurem Verdienste doch wohl über, sollte ich meinen".

Nur allmälig ließ Antonie sich beruhigen.

"Ich bin thöricht," lächelte sie. "Eva ist ja schon

so weit fortgegangen, daß sie mich nicht mehr braucht."

Noch Mittheilungen aus Madrid, welche dem pariser Correspondenten der "Times" zugehen, hätte die spanische Regierung beschlossen, den Mächten einen Vorschlag zu unterbreiten, ihre Ansprüche gegen Amerika in Bezug auf den von amerikanischen filibuster-Expeditionen nach Cuba angerichteten Schaden geltend zu machen.

Der "Times" wird aus Constantinopel vom 30ten v. M. berichtet, daß 3000 Montenegriner am 27. September das türkische Dorf Kolaschin angegriffen und 18 Türken getötet haben. Die Pforte habe telegraphisch verlangt, daß die Schuldigen bestraft und Präventiv-Maßnahmen ergriffen werden, widrigensfalls die türkischen Truppen einschreiten würden.

Der Sultan hat den auf seinen Posten zurückgelehrten französischen Botschafter Marquis de Vogué in Privat-Audienz empfangen und ihm bei diesem Anlaß eigenhändig den Großerordnen des Osmanie-Ordens überreicht. — Das türkische Budget des laufenden Jahres wird einer Revision unterzogen werden.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin wird, wie "Pest-Magazin" erfährt, mit der Erzherzogin Marie Valerie in Nähe die Hauptstadt Ungarns besuchen und beabsichtigt dann längere Zeit dort zu verweilen. — Der Großfürst Nikolaus von Russland, der Herzog Eugen von Leuchtenberg und die Prinzen Alexander und Constantin von Oldenburg sind auf der Reise von Petersburg nach Constantinopel via Wien-Pest im strengsten Incognito in Wien eingetroffen.

— (Personalaufsichten.) Die amtliche "Wiener Zeitung" publicierte einen Personenwechsel an der Spitze des salzburger Landesausschusses. An die Stelle des bisherigen Landeshauptmannes von Salzburg, Landesgerichtspräsidenten Dr. v. Weis, wurde Graf Hugo Lamberg berufen.

— (Der neueste Haupttreffer der Braunschweiger Löse) mit 40.000 Thlr. wurde von einer wiener Losgesellschaft, nämlich von 11 Comptoiristen des Hauses Rothschild gemacht.

— (Feuer in Cilli.) Der Gr. Tagessp." wird berichtet: Den 29. v. M. nachts war es das vierte mal, und am 30. v. M. das fünfte mal seit 14 Tagen, daß Feuerlarm die Bewohner Cilli's um ihr Eigenthum besorgte. Sämtliche in der letzten Zeit ausgebrochenen Schadensfeuer dürfen gelegt worden sein, denn das Feuer entstand in Gebäuden, welche keinen Feuerbrand besitzen, in den weder gelocht, noch sonst Feuer verwendet wird. Diese häufigen Brände waren auch Gegenstand von Predigten. Die Zuhörer wurden in denselben nicht auf das Verbrecherische des Brandlegens aufmerksam gemacht, vielmehr wurden die Brände als Strafe Gottes für die liberalen Eigentümer bezeichnet. Es wäre kein Wunder, wenn sich die Brandleger für Werkzeuge Gottes und nicht für Verbrecher halten würden.

— (Römerbad in Untersteier) wurde in der heutigen Saison von 1114 Personen besucht. Darunter befanden sich 197 aus Kroatiens und Slavonien, 22 aus Kärnten, 52 aus Krain, 168 aus dem Küstenlande und Triest, 249 aus Österreich, 161 aus Steiermark, 167 aus Ungarn, 1 aus Asien, 13 aus Deutschland, 10 aus England, 8 aus Frankreich, 5 aus Italien, 10 aus Russland, 1 aus der Schweiz und 19 aus der Türkei.

— (Das Technicum zu Frankenbergs) (an der Bischöflichen im niederer Erzgebirge bei Chemnitz im Königreich Sachsen) stellt sich die Aufgabe, junge Leute zu

Moschinentechnikern vollständig auszubilden in der Weise, daß der theoretische Lehrgegenstand immer im Zusammenhang mit der praktischen Anwendung betrachtet wird, und daß für den dargebotenen Unterrichtsstoff im wesentlichen das Erfordernis der Praxis maßgebend ist. Es werden demnach die für den Maschinenconstructeur nothwendigen Fachkenntnisse vorgetragen und gleichlaufend fortschreitende Übungen im Construieren von Maschinen &c. angestellt; die neueren Sprachen werden gelehrt und das zu eignem Geschäftsbetrieb nothwendige wirtschaftliche und kaufmännische Wissen durch Unterricht und Übungen befestigt. Eine größere Anzahl spezieller Fächer des Maschinenbaues und der verwandten Technik werden abwechselnd so vorgetragen, daß nach 3 bis 4 Semestern der Cyclus vollendet ist. Das durch den planmäßigen Unterricht zu erreichende Ziel des Technicums ist vollständige Beschriftigung zum selbstständigen Berechnen und Entwerfen ausführender Maschinen. Bei genügender Anzahl von Interessenten wird der Unterricht auch auf andere Zweige der Technik, wie Straßen- und Eisenbahnbau, technische Chemie u. s. w. ausgedehnt. Das chemische Laboratorium ist nach den neuesten Prinzipien eingerichtet und bietet Raum für eine größere Anzahl Prakticanten. Auch sind für Unvorbereitete Vorbereitungskurse, namentlich für das Examen zum einjährigen Militärdienst eingerichtet. Ein abgekürzter Cursus bildet Werkmeister, Zeichner u. dgl. aus. Die Anstalt steht zur Zeit unter Direction des Ingenieurs G. Bauch und der Doctoren J. Heubner und E. Klotz. Sie zählte im Wintersemester 1871/72 129 Schüler. Ausführliche Nachrichten über das Technicum zu Frankenbergs enthält der unlängst erschienene Jahresbericht über das Schuljahr 1871/72.

handlungen theils bereits im Hufe sind, theils in nächster Zeit werden eingeleitet werden.

IV. Die Berathung über das Gesetz, betreffend die Reform des städtischen Sanitätsdienstes, wird in der Gewägung, als das fachliche ausgedehnte Operat von einigen Herren Gemeinderäthen vor Gründung der Debatte noch näher ins Auge gesetzt werden will, auf weitere acht Tage vertagt.

V. Der Gemeinderath nimmt den Bericht der Rechtssection zur Kenntnis, daß der Eigentümer des Toniutti'schen Verkaufsbude in der Schulallee das Eigentumsrecht der Stadtgemeinde Laibach auf den Standplatz dieser Bude protokollarisch anerkannt hat, die Zahlung eines jährlichen Standplatzzinses pr. 100 fl. zu handen der Stadtkasse contracital eingegangen und verpflichtet ist, diese Hütte auf Verlangen der Commune auf eigene Kosten wegzuräumen.

VI. Der Gemeinderath genehmigt die Herstellung einer Gasbeleuchtung im Musikkapellen der Sternallee und passiert den Kostenbetrag pr. 101 fl. 96 kr. aus der Stadtkasse.

VII. Der Gemeinderath beschließt über Antrag der Finanzsection, es sei im Hinblick auf die in den nachfolgenden drei Jahren 1873—1875 vorkommenden bedeutenden Gemeindeauslagen ein Gesuch an den kroatischen Landtag zu richten, daß ein Landesgesetz zustande komme, welches der Commune Laibach 1. die Aufnahme eines Lotteries-Anleihens im Betrage von 1,500.000 fl. b. W. bewilligt; 2. im Ablehnungsfalle die Bewilligung zur ausnahmsweise Erhöhung des Wohnungsmiet-Steuerzuschlags und einer 10percentigen Umlage auf sämtliche direchten Steuern ertheilt.

VIII. Über Antrag der Polizeisection wird nach längerer Debatte, obgleich aus finanziellen Gründen sich Stimmen dagegen erhoben haben, mit Stimmenmehrheit die Reform der hierstädtischen Sicherheitswache beschlossen. Die beantragte Reform wird in folgendem bestehen: 1. Der Personallstand der Stadtwache zählt 21 Mann, u. z. 14 Wachmänner niederer, 6 Wachmänner höherer Kategorie und 1 Wachinspektor. 2. 1 Mann niederer Kategorie bezieht 360 fl. b. W.; je ein Mann höherer Kategorie 400 fl. b. W. Jahreslöhnnung und letzterer auch die Zuverlässigkeit der Provisionsfähigkeit; der Inspektor erhält 600 fl. Jahresgehalt, den Rang und Pensionsanspruch gleich den übrigen Communalbeamten. 3. Die gesamte Wachmannschaft und ihr Inspektor erhält auf Kosten der Commune eine Uniform mit Seitengewehr.

IX. Der Gemeinderath wird das Gesuch der steiermärkischen Escomptebank um gemeinderäthliche Unterstützung des Projektes, betreffend den Ankauf des Militärversiegelsmagazins samt Spital in der Wienerstraße, im Wege des k. k. Landesregierungs-Präsidiums beim hohen k. und k. Reichskriegsministerium ohne namentlicher Bedeutung eines Anküfers beantwortet und ein Memorandum Sr. Mojslat dem Kaiser ehrfurchtsvoll unterbreiten.

X. Der Gemeinderath wird die Petition mehrerer hiesiger Bürger, Handels- und Gewerbsleute, womit das k. und k. österr. Handelsministerium gebeten wird, der Generaldirection der Kronprinz-Rudolfsbahn aufzutragen, daß die Personen- und Frachtenaufnahme in der Station Laibach nicht nur auf dem Südbahnhofe, sondern auch auf dem in Laibach befindlichen Bahnhofe der Rudolfsbahn stattzufinden habe, befürwortend unterstützen.

XI. Der Gemeinderath beschließt, den Act betreffend die Auszahlung der Pensionsgebühr an den Schullehrer Karl Götzl aus der laibacher Communalloge in der Gewägung, als diese Pensionsangelegenheit ohne Beziehung der interessierten Stadtgemeinde Laibach ähnlich behandelt

ofters am Abend ausgegangen, weil wir am Tage keine Zeit haben. Aber ich kann nicht leugnen, daß die Frau einen unheimlichen Eindruck auf mich gemacht hat."

"Die Frau war geschwägig, aber nicht mehr und nicht minder, als viele andere Frauen. Sie scheint mir so ein altes Factotum zu sein, entbehrlich und unentbehrlich zugleich, je nachdem man es nimmt."

In demselben Augenblicke fiel ein Gegenstand klirrend von dem Arbeitstisch, der einsam und verlassen am Fenster stand.

Antonie sprang auf. Als sie näher nachsah, fand sich, daß Eva's Schere herunter gefallen war.

Antonie war blaß geworden.

"Ich bin nicht abergläubisch", sagte sie, "aber mir ist es, als wenn das hier etwas bedeutete."

"Dummes Zeug", rief Ernst. "Wenn die Schere zu nahe an die Kante des Tisches gelegt wird, muß sie bei der geringsten Erschütterung herunterfallen."

"Ernst hat Recht," sagte die Mutter lächelnd.

Sie legte ihre Hand auf den Kopf des Knaben. Aber das Lächeln verschwand bald und machte einer tiefen Trauer Platz. Sie gedachte der Absicht des Beamten Korn, aus dem wßbegierigen Knaben einen Schiffsjungen zu machen.

Das Gespräch stockte.

Antonie bereitete das Abendbrot und alle drei warteten auf Eva, die jeden Augenblick kommen mußte. —

Eva schritt mit der Alten mutter vorwärts.

"Aber sie laufen so geschwind, liebes Kind," leuchte die Alte, daß ich kaum mitkommen kann."

"Ach!" rief Eva, „daran habe ich kaum gedacht. Warten Sie, ich will langsamer gehen."

"Ja die Jugend, so ist die Jugend. Wenn man jung ist, denkt man nicht an die alten Leute. Schen Sie, Kleine, als ich noch jung war —"

"Aber wir schlagen ja einen Umweg ein."

"Ach nein, das ist kein Umweg."

"Ich gehe nicht gern über den Wall um diese Zeit."

"Ei, ei, wie sie ängstlich sind. Gehen Sie nur mit mir, ich mag am Abend nicht gerne die großen Straßen passieren. Das Gas brennt so dunkel, die Wagen fahren wie blind und toll herum und die Leute sehen sich auch nicht vor, ob eine alte Frau dort geht oder nicht, und ehe man sichs versieht, ist man überfahren oder wird umgestoßen und bricht ein Bein."

"Das ist mir noch nie passiert," lachte Eva. "Sie sind aber schrecklich ängstlich."

"Wenn man alt wird, Kind."

"Aber wir müssen doch ganz anders gehen."

"Nein, nein, wir kommen recht! Passen Sie nur auf, wie wir recht kommen."

Sie waren auf einer ziemlich öden und verlassenen Gegend des sogenannten Stadtwaldes angelangt.

"Gehen Sie mir Ihren Arm, Kleine, das Gehen wird mir schwer."

Eva reichte der Alten ihren Arm.

Die Frau erwischte sie beim Handgelenk, um das sie ihre dünne, knochige Hand fest wie ein Schraubstock klammerte.

"Ich muß mich ein wenig aufrichten, ich kann nicht weiter. Dort steht eine Bank."

Sie zog Eva mit sich, denn sie ließ die einmal

gefaßte Hand nicht wieder los. Eva mochte wollen oder nicht, sie mußte neben der Frau Platz nehmen.

Raum saß die Alte, als sie ein heisernes Husten hören ließ.

"Sind Sie erkrankt?" fragte Eva theilnehmend.

"Nicht immer, nur mitunter —"

Es rauschte leicht in den Zweigen des dichten Gebüsches, welches die Bank umgab.

Die Alte hustete wieder.

Das schien ein verabredetes Signal zu sein.

Eva wurde unheimlich zu Muthe. Wenn Toni nur hier wäre, dachte sie.

Dieser Zeitpunkt mochte wohl mit dem Augenblick übereinstimmen, in dem ihre Schere daheim bei Ehrenfried von dem Tische fiel.

Sie wollte auffrinnen, allein die Alte zog sie mit großer Kraft wieder zurück neben sich auf die Bank.

"Nur nicht albern sein," zischte die Alte. "Es hilft dir doch nichts."

In demselben Augenblicke umschlangen Eva zwei kräftige Arme von hinten. Gleichzeitig ließ die Alte das Handgelenk los und legte ihre Knochenhand auf Evas Mund.

"Nun schrei, du albernes Geschöpf, und hab ein ander mal mehr Respect vor dem Alter," höhnte sie.

"Du sollst eines Tages deiner schönen Larve und deiner Jugend fluchen und wünschen, häßlich gewesen zu sein wie die Nacht."

Mit diesen Worten entfernte sich die Alte schnell.

(Fortsetzung folgt.)

